

Land weist Stadt an, Bauanträge für Konrad-Gebäude zu prüfen

Oberbürgermeister Frank Klingebiel zweifelt, ob der dafür nötige Sachverstand vorhanden ist

Von Ingo Kugenbuch

SALZGITTER. Die Stadt Salzgitter lehnt es bislang ab, sich um die Genehmigung für Hallen und andere Gebäude des Endlagers Schacht Konrad zu kümmern. Nun will das niedersächsische Sozialministerium als oberste Bauaufsichtsbehörde sie dazu zwingen.

Per Erlass wurde die Stadtverwaltung angewiesen, die Bauanträge für oberirdische Konrad-Gebäude zu prüfen. „Die Entscheidung über die Erteilung einer Baugenehmigung muss die Stadt treffen“, stellt Ministeriumssprecher Thomas Spieker gegenüber der SZ klar.

Salzgitters Oberbürgermeister Frank Klingebiel wartet nun zunächst auf eine schriftliche Bestätigung. „Wenn es eine fachaufsichtliche Weisung ist und ich mich dann nicht um die Bauanträge des Bundesamtes für Strahlenschutz kümmere, mache ich mich eines

„Verzögerungen und Kostensteigerungen sind schon jetzt unausweichlich“

BfS-Präsident Wolfram König

Klingebiel hofft, dass ein Kompromiss gefunden wird, der die Stadt aus dem Verfahren heraushält – auch wegen fachlicher Bedenken. „Wir haben Statiker und Ingenieure, aber niemanden, der sich mit Atommüll-Endlagern auskennt“, sagt Klingebiel. „Darum habe ich Zweifel, ob wir den Sachverstand zur Erteilung der Baugenehmigung hätten.“ Aus Sicht der Stadt ist das BfS als öffentlicher Bauherr ein so genannter privilegiierter Antragsteller – damit wäre das Sozialministerium für die Erteilung der Genehmigung zuständig.

„Ich kann die Position der Stadt nachvollziehen“, sagt BfS-Präsident Wolfram König. „Sie möchte nicht Genehmigungen für ein Projekt erteilen, das sie aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnt.“ Das BfS teile Klingebiels Meinung, dass es sich bei der Genehmigungserteilung für die oberirdischen Endlager-Gebäude um ein privilegiertes Verfahren mit dem Land als zuständige Behörde handele.

„Da das Land im Planfeststellungsbeschluss für das Endlager Schacht Konrad selbst dieses privilegierte Verfahren vorausgesetzt hat, ist es bemerkenswert,

dass sich das Sozialministerium nun dagegen sperrt“, sagt König. Ministeriumssprecher Spieker begründet das so: „Nach dem Atomgesetz ergibt sich nicht, dass das BfS ein privilegierter Antragsteller ist. Außerdem ist das Bundesamt personell nicht geeignet, die Ent-



Ein gelbes Fass ist das Zeichen für den Widerstand gegen das Endlager Schacht Konrad in Bleckenstedt. Foto: Bernward Comes

wurfsarbeiten zu leiten und die Bauarbeiten zu überwachen.“

Das akzeptiert König nicht. „Weder hat das Atomgesetz damit etwas zu tun noch fehlen die formalen Voraussetzungen des BfS. Wenn die Landesregierung meint, dass die Privilegierung nicht möglich ist, dann muss sie sich mit dem Bund zusammensetzen und Lösungsmöglichkeiten vorschlagen“, fordert er.

Das Land müsse zeigen, dass es seine Verantwortung für die Lösung des Endlagerproblems übernimmt, so König. „Es darf nicht der

Eindruck erweckt werden, dass im Bereich einer Hochrisikotechnologie ein taktisches Spiel gespielt wird.“

Die Stadt müsse vor einem Zwiespalt – Konrad ablehnen, aber für die Genehmigung der Gebäude zuständig sein – bewahrt werden, meint König. „Wenn es rechtlich möglich ist, einen für alle Seiten besseren Weg zu finden, dann sollte man das auch tun“, so der BfS-Präsident. Und zwar möglichst schnell, denn: „Verzögerungen und Kostensteigerungen sind schon jetzt unausweichlich.“

19 neue Stellen für Bundesamt

Präsident König sieht Bedeutung des BfS bestätigt

Von Ingo Kugenbuch

LEBENSTEDT. Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) bekommt dieses Jahr für den Standort Lebenstedt 19 neue Stellen. Der Bundestag hat dies mit dem Haushalt 2011 beschlossen, obwohl eine Aufstockung eigentlich nicht vorgesehen war. „Es freut uns, dass es uns mit viel Engagement gelungen ist, diese 19 Stellen zu bekommen – nur so ist die weitere Erkundung des Salzstocks Gorleben möglich“, sagt BfS-Präsident Wolfram König.

Dies sei ein deutliches Signal, „dass das BfS weiterhin in der Verantwortung für die Endlagerung ge-

sehen wird“. In den vergangenen Monaten ist darüber diskutiert worden, ob die Endlagerung nicht komplett privatisiert werden sollte. Im Gespräch war, dass die Energiewerke Nord (EWN) Gorleben und Konrad übernehmen. Die EWN sind als Nachfolger der DDR-Atomwirtschaft Deutschlands größter Atommüllbesitzer und eine 100-prozentige Tochter des Bundesfinanzministeriums.

Das BfS hatte im Jahr 2010 an allen Standorten insgesamt 756 Mitarbeiter, 409 davon in Salzgitter. Zudem beschäftigt das Amt 39 Azubis, von denen 19 in Salzgitter ausgebildet werden.

KOMMENTAR

Kleinliches Gerangel

Von Ingo Kugenbuch

Es ist schon seltsam: Da fordert das Land ständig lautstark, dass das Endlager Konrad doch möglichst schnell in Betrieb gehen möge – aber blockiert den Umbau der Schachanlage durch eine absurde Weisung. Danach soll die Stadt für die Erteilung von Baugenehmigungen für die oberirdischen Endlagerbauten zuständig sein – die Stadt, die gegen das Endlager Konrad geklagt hat und augenscheinlich weder personell noch fachlich zu einer solchen Prüfung in der Lage ist. Es ist absurd.

Endlagergegner werden sich nun

im Zweifel über eine weitere Verzögerung der Einlagerung in Konrad freuen. Genau betrachtet macht dieser seltsame Streit jedoch auch Angst. Könnte man doch fragen: Wenn sich Stadt und Land schon nicht einig sind, wenn es um die Genehmigung von Neubauten geht, was passiert dann erst bei einem Atomunfall? Und: Wer kümmert sich darum, dass über Jahrmillionen keine Radioaktivität aus Schacht Konrad entweicht? Wer ist für die Sicherheit der Menschen zuständig? Klar: Das Bundesamt für Strahlenschutz. Aber sehen die Ministerien in Land und Bund das in zehn Jahren noch genauso?

„In Salzgitter wird das mit Ihnen nichts mehr“

Gericht verurteilt 21-Jährigen wegen Körperverletzung zu Bewährungsstrafe – Drogentherapie als letzte Chance

Von Michael Hahn

LEBENSTEDT. „So stelle ich mir den Paragrafenfall im Jugendrecht vor“, sagte Richterin Petra Bock-Hamel am Ende einer langen Verhandlung vor dem Jugendschöffengericht des Amtsgerichts Salzgitter am gestrigen Mittwoch. Ein 21-Jähriger aus Lebenstedt musste sich wegen verschiedener Vergehen verantworten. Den Besitz von Drogen, eine Körperverletzung in Tateinheit mit einer Drohung sowie einen Diebstahl gab er ausnahmslos zu.

Bei der Hauptanklage will sich der sichtlich von Drogen und Alkohol gezeichnete junge Mann aber an nichts erinnern können. Gemeinsam mit einem Freund wurde er im De-

zember 2009 aus dem Paracelsushaus in der Chemnitzer Straße geworfen. Beide hatten gemeinsam zwei Flaschen Whisky getrunken und mehrere Joints geraucht. Am City-Kiosk wollten sie Nachschub besorgen. Weil die stark alkoholisierten Männer im Treppenhaus randalierten, versuchte ein Objektbetreuer, sie des Hauses zu verweisen. Beide wehrten sich, indem sie wild mit einer Colaflasche um sich schlugen. Ein zur Hilfe kommender Sicherheitsmann wurde von der Flasche getroffen und an der Hand verletzt.

Bei der Festnahme durch die Polizei konnte sich der Angeklagte wegen des Alkoholkonsums kaum noch auf den Beinen halten. Ein Sachverständiger bescheinigt dem

Angeklagten in diesem Fall eine verminderte Schuldfähigkeit, was den Gedächtnisverlust erklärte.

Der abschließende Bericht der Jugendgerichtshilfe zeigt, in welchen Lebensverhältnissen sich der Angeklagte befindet. „Ich bearbeite den Fall erst seit drei Monaten und trotzdem ist die Mappe prall gefüllt“, erklärt der Jugendgerichtshelfer.

Aus dem Bericht geht hervor, dass der junge Mann wenige Freundschaften pflegt. Einzig ein befreundetes Ehepaar, das sich auch im Gerichtssaal befindet, kümmert sich um ihn. Gerade in Bezug auf die Körperhygiene sei dies auch dringend nötig, wie beide berichten.

Der Vorschlag der Jugendgerichtshilfe, den Angeklagten in eine The-

rapieeinrichtung nahe Marburg zu bringen, kommt sowohl beim Staatsanwalt, der Verteidigung als auch bei Richterin Bock-Hamel gut an. Diese folgt in ihrem Urteil der Staatsanwaltschaft und verurteilt den Angeklagten zu einer Freiheitsstrafe von sieben Monaten, für drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt.

Als Auflage verfügt sie, dass der 21-Jährige unverzüglich eine Therapie in besagter Einrichtung aufnehmen muss und lobt den entsprechenden Vorschlag der Jugendgerichtshilfe. „In Salzgitter wird das mit Ihnen nichts mehr“, erklärt Bock-Hamel dem Angeklagten und verweist auf den Sumpf aus Alkohol, Drogen und Kriminalität, in dem er stecke.

*flüchtauf
Salzgitter!*

Das bieten wir Ihnen unter anderem in den nächsten sieben Tagen in der Salzgitter-Zeitung:

Alkohol, Sex und Messerstiche: Die Verhandlung vor dem Landgericht am kommenden Montag bemüht jede Menge Krimi-Klischees. Laut Anklage soll ein 25-Jähriger am 18. Juli 2010 mit mehreren Bekannten in Salzgitter gefeiert, getrunken und dabei auch die Frau eines seiner Kumpel geküsst haben. Als es daraufhin zu einem Streit kam, soll der Angeklagte auf seinen Bekannten eingestochen haben. Der Angegriffene überlebte, und der 25-Jährige steht wegen versuchten Totschlags und gefährlicher Körperverletzung vor Gericht.

Protest: Der Seniorenbeirat Salzgitter geht auf die Barrikaden, weil der Landtag die kommunale Bezuhrung der Kurzzeitpflege gekippt hat.

Ingo Kugenbuch

Ingo Kugenbuch ist stellvertretender Lokalchef der Salzgitter-Zeitung

POLIZEI

Handtaschenraub – Polizei sucht das Opfer

LEBENSTEDT. Die Polizei in Peine sucht eine Frau, die im Sommer 2010 Opfer eines Handtaschendiebstahls oder -raubes in Lebenstedt geworden ist. Ein zunächst unbekannter Täter soll ihre dunkle Handtasche mitsamt Schlüsseln, Geld und Tabletten aus dem Fahrradkorb entwendet oder sie der Frau im Vorbeifahren aus der Hand gerissen haben. Die Tat geschah laut Polizei abends im Park an der Ludwig-Erhard-Straße.

Der mutmaßliche Täter soll ein jugendlicher sein, der mit einem weiteren jugendlichen Radfahrer geflüchtet sei. Hinweise: ☎ (0 51 71) 99 91 49.

Mann flüchtet in Auto mit plattem Reifen

WATENSTEDT. 1,62 Promille hatte ein 31-Jähriger im Blut, den die Polizei auf der Industriestraße Mitte stellte. Er war zuvor mit plattem Reifen auf der A 39 liegengeblieben. Der Fahrer des Abschleppwagens bemerkte weitere Schäden am Auto, an den Leitpfosten und der Baustellenabspernung. Als er sagte, dass er die Polizei verständigen müsse, stieg der 31-Jährige in das kaputte Auto und fuhr davon. Ihm droht eine Anzeige wegen Fahrerflucht und Trunkenheit im Verkehr.

WETTERHISTORIE

Das Wetter vorgestern:
Höchsttemperatur: 4,5 Grad
Tiefsttemperatur: -5,5 Grad
Niederschlag: 0,9 l/qm
Sonnenstunden: 4,7 Std.

Heute vor einem Jahr:
Höchsttemperatur: -2,9 Grad
Tiefsttemperatur: -8,1 Grad

Rekorde in der Region:
Höchstwert: 12,2 Grad (2007)
Tiefstwert: -5,1 Grad (2001)